

V22-Beschluss: Landtagswahlen gehen uns alle an - gemeinsam gegen die Strukturschwäche!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2183 2019 wird in drei der sechs neuen Bundesländer gewählt. Die GRÜNE JUGEND erkennt
2184 die richtungsweisende Bedeutung des Ausgangs der Landtagswahlen in Sachsen,
2185 Thüringen und Brandenburg als entscheidend für die Zukunft der Partei Bündnis
2186 90/Die Grünen und daraus resultierend auch die der GRÜNEN JUGEND als
2187 Bundesverband an. Denn wir wollen den Menschen, die sich eine soziale,
2188 ökologische und weltoffene Politik wünschen, in allen Bundesländern eine Stimme
2189 geben. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland haben
2190 gezeigt, dass ein Wiedereinzug in Landesparlamente nicht immer gesetzt ist. Die
2191 Bundestagswahl im letzten Jahr zeigten ein wiedererstartetes, deutliches West-
2192 Ost-Gefälle. So sind vier der fünf ostdeutschen Flächenländer die einzigen
2193 Bundesländer, die beim Wahlergebnis der Bündnisgrünen die 5%-Hürde im
2194 Landesschnitt nicht erreicht haben. Einzig Brandenburg schaffte es im Osten mit
2195 genau 5,0%. Das sind Ergebnisse, die unseren Verband wachrütteln sollten, denn
2196 unser Anspruch ist es seit jeher gewesen alle Bevölkerungsgruppen und alle
2197 Regionen zu repräsentieren. Daher müssen wir uns intensiver damit
2198 auseinandersetzen, wie wir es schaffen, unsere strukturellen Probleme in den
2199 neuen Bundesländern anzugehen.

2200 Wir wollen damit aber keine speziell ostdeutsche oder deutsche Identität
2201 konstruieren, im Gegenteil. Wir sind der Meinung, dass die derzeit immer noch
2202 vor allem in den neuen Bundesländern übliche Einteilung in „Wessi“ und „Ossi“
2203 nur ein Ende haben kann, wenn die strukturellen Schwächen der Regionen
2204 angegangen werden und endlich behoben werden! Als GRÜNE JUGEND legen wir einen
2205 starken Fokus auf Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen und
2206 Bevölkerungsschichten und wie man diesen am besten entgegenwirken kann. Doch die
2207 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe hängen auch stark vom Wohnort ab und
2208 sind von Region zu Region unterschiedlich. In allen Bundesländern gibt es
2209 Regionen, die als strukturschwach gelten, sei es das Sauerland in NRW oder
2210 Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Doch nirgendwo sonst gibt es so ein großes
2211 zusammenhängendes Gebiet, mit so wenig prosperierenden Ballungszentren wie auf
2212 dem ehemaligen Gebiet der DDR. Hinzu kommt, dass es noch grundlegende
2213 Unterschiede in Verständnis und Tradition der Demokratie in alten und neuen
2214 Bundesländern gibt. Während in den alten Bundesländern 2015 77% der Menschen
2215 angeben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zu sein,
2216 sind es in den Neuen lediglich 47%. An der jahrzehntelangen Entwicklung der
2217 Demokratie in der alten BRD bis zum heutigen Stand wird deutlich, dass
2218 Demokratisierung nicht über Nacht geschieht. Durch die kürzere Zeit, in der sich
2219 Demokratie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entwickeln konnte, haben natürlich
2220 auch Parteien sowie zivilgesellschaftliche Verbände weniger Zeit zur Entwicklung
2221 gehabt. Das macht sich in Mitgliederzahlen, vor allem aber in der
2222 gesellschaftlichen Verankerung deutlich. Insbesondere die bündnisgrüne Partei
2223 kämpft in den neuen Bundesländern vielerorts immer noch mit Akzeptanzproblemen.

2224 Die GRÜNE JUGEND:

- 2225 • Erkennt die immer noch nicht behobenen strukturellen Unterschiede zwischen
2226 neuen und alten Bundesländern an und will diese bekämpfen. Wir kämpfen
2227 dafür, dass drängende Themen wie Lohn- und Rentengleichheit jetzt
2228 angegangen werden. Es kann nicht sein, dass 28 Jahre nach der
2229 Wiedervereinigung in den neuen Flächenbundesländern die Löhne immer noch
2230 32% niedriger sind, als in den alten Bundesländern! Gleichzeitig sind die
2231 politischen Herausforderungen aufgrund der Hinterlassenschaften von 40
2232 Jahren SED-Regime in vielen Politikfeldern anders. Seien es die Reste der
2233 ehemaligen LPGen, die als Reparaturzahlungen abgebaute
2234 Verkehrsinfrastruktur oder das jahrzehntelange Totschweigen
2235 menschenverachtender, wie etwa rassistischer, Einstellungen in der DDR-
2236 Propaganda. Diese anderen Realitäten müssen bundespolitisch bei
2237 Entscheidungen mitbedacht werden und auch auf der Agenda der GRÜNEN JUGEND
2238 im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stehen.

- 2239 • Will strukturschwachen Landesverbänden in den Wahlkämpfen 2019 finanziell
2240 zur Seite stehen, in denen ein reelles Risiko des Scheiterns an der 5%-
2241 Hürde besteht. Dafür sollen im Jahreshaushalt 2019 2100€ als Zuschuss
2242 eingeplant werden. Der Bundesfinanzausschuss wird beauftragt, sich mit der
2243 Zusammensetzung des Solifonds zu beschäftigen.

- 2244 • Plant nach finanzieller Lage mehr Geld für den Solifond ein.

- 2245 • Motiviert die Mitgliederbasis, sich aktiv im Wahlkampf in den neuen
2246 Bundesländern zu engagieren

- 2247 • Will den betreffenden Landesverbänden in Wahlkampfzeiten mit Know-How der
2248 Bundesgeschäftsstelle aushelfen und sie in der Presse- und
2249 Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

- 2250 • Unterstützt den Strukturaufbau in den neuen und anderen strukturschwachen
2251 Bundesländern zum einen durch Angebote für kleine Ortsgruppen und
2252 Landesverbände mit keinen/wenig Ortsgruppen und vielseitige, nicht
2253 ausschließlich auf urbane Resonanz ausgelegte Kampagnen und zum anderen
2254 dadurch, dass in Zukunft möglichst einer von vier Bundeskongressen, auf
2255 jeden Fall aber einer von sechs Bundeskongressen in den neuen
2256 Bundesländern statt findet, sowiedurch eine verstärkte Repräsentation der
2257 neuen Bundesländer bei der Ortswahl für Seminare auf Bundesebene.

- 2258 • Beauftragt den Bundesvorstand/die Bundesgeschäftsstelle, die Mitglieder-
2259 und Aktivenverteilung in der GRÜNEN JUGEND zu analysieren. Dafür soll
2260 erhoben werden, wie die Mitglieder in urbanen/ländlichen Räumen verteilt
2261 sind, wie die Ortsgruppen vertreten sind, etc. Und, wenn möglich, wie das
2262 im Verhältnis zur bündisgrünen Partei steht.

- 2263 • Beauftragt die AG Perspektiven sich auch gezielt mit den Perspektiven der
2264 ländlichen Räume und den Perspektiven der GRÜNEN JUGEND in den ländlichen
2265 Räumen auseinanderzusetzen.

Begründung

Durch die erschreckend hohen Wahlergebnisse der AfD in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten wird auch uns jungen Menschen, egal in welchem Teil der Republik, deutlich wie nie zuvor, dass es immer noch gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Denn die Wahlergebnisse kommen nicht von irgendwoher. Die Stärke der AfD weist aber auch auf die Schwäche anderer Parteien hin. Politik, insbesondere bündnisgrüne Politik, in den neuen Flächenbundesländern zu machen, stellt immer noch tagtäglich vor andere Herausforderungen, als in den alten.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen tragen wir eine besondere Verantwortung. Denn unsere Mutterpartei ist auch aus dem Bündnis 90, aus der Bürgerrechtsbewegung in der DDR entstanden. Daher ist es auch unsere Aufgabe für vergleichbare Lebensbedingungen und -realitäten in Ost und West zu kämpfen. Ein Schritt dahingehend ist es, die besondere Herausforderung nicht nur anzuerkennen, sondern auch Konsequenzen daraus zu ziehen und in unserem Verband dafür zu kämpfen, dass die entsprechenden Landesverbände Unterstützung erhalten. Gut und richtig ist dabei schon der Solifond, der strukturschwache Landesverbände unter besonderer Berücksichtigung der ostdeutschen Landesverbände fördern soll. Hier muss aber genug Geld zur Verfügung stehen, damit die schwachen Landesverbände nicht hier auch noch um das Geld kämpfen müssen.

Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist das Land, wie alles auf der Welt, nicht mehr schwarz und weiß. Daher wollen wir, dass auch hier alle strukturschwachen Regionen gefördert werden – mit einem Augenmerk darauf, dass die neuen Bundesländer repräsentiert werden und ihre politische Lage und Stärke relevant ist für die gesamte Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie die GRÜNE JUGEND.